

BR/GT I/41 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

- Sekretariat -

BERICHT

¹⁴
über die Sitzung der Arbeitsgruppe I
(Luxemburg 1./3. April 1970)

Eröffnung der Sitzung und Genehmigung der vorläufigen Tagesordnung

1. Die Arbeitsgruppe I hat unter dem Vorsitz des Präsidenten des Deutschen Patentamts, Herrn Dr. HAERTEL, von Mittwoch, den 1., bis Freitag, den 3. April 1970, in Luxemburg ihre 4. Arbeitssitzung abgehalten.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, die BIRPI und das Internationale Patentinstitut (IIB) haben an dieser Sitzung teilgenommen (1). Der Vertreter des Generalsekretariats des Europarates hatte sich entschuldigen lassen.

Der Arbeitsgruppe wurde von ihrem Vorsitzenden die in Anlage II enthaltene vorläufige Tagesordnung vorgelegt. Die Gruppe genehmigte diese vorläufige Tagesordnung unter Hinzufügung eines Punktes unter "Sonstiges" (vgl. Punkt 51).

(1) Siehe in Anlage I Liste der Teilnehmer an der Sitzung der Arbeitsgruppe.

2. Der Redaktionsausschuss ist täglich im Anschluss an die Sitzung der Arbeitsgruppe zusammengetreten, um die in Abschnitt II genannten Empfehlungen auszuarbeiten. In Abwesenheit von Herrn VAN BENTHEM, der verhindert war, wurde der Vorsitz des Redaktionsausschusses von Herrn FRESSONNET ausgeübt.

II

Ausarbeitung der Empfehlungen an die Arbeitsgruppe IV

3. Der Arbeitsgruppe I wurde zur Durchführung des Mandats, das ihr die Konferenz auf der Tagung vom 13. bis 16. Januar 1970 erteilt hatte, von ihrem Vorsitzenden eine Studie mit den Grundlagen einer Finanzplanung für das Europäische Patentamt unterbreitet [Dok. BR/GT I/34/70 und Anlagen]. Dieses Dokument ist im Hinblick auf die weitere Arbeit unter der Dokumentennummer BR/GT I/39/70 neu herausgegeben worden.
4. Die Arbeitsgruppe I ging davon aus, dass sie für die Arbeitsgruppe IV, die auch die oben genannte Studie erhalten sollte, einige Empfehlungen ausarbeiten sollte, die auf patentrechtliche Erwägungen gestützt sein müssten; anhand dieser Empfehlungen könnte dann die Arbeitsgruppe IV das Mandat durchführen, das ihr die Konferenz auf der Tagung vom 13. bis 16. Januar 1970 erteilt habe. Deshalb meinte die Arbeitsgruppe I, dass es nicht ihre Sache sei, schon jetzt Schätzungen über Ausgaben und Einnahmen des Europäischen Patentamts zu erstellen. Sie war vor allem bemüht festzustellen, ob die Minimal- und Maximalhypothesen, von denen bei der Erarbeitung dieser Schätzungen ausgegangen wird, im derzeitigen Stadium von der Arbeitsgruppe IV als Arbeitsgrundlage benutzt werden können.

5. Bei der Ausarbeitung ihrer Empfehlungen ging die Arbeitsgruppe von der Liste der Fragen aus, die in der Studie des Vorsitzenden ab Seite 42 wiedergegeben sind.

Die von der Arbeitsgruppe in ihrer Sitzung angenommenen Empfehlungen sind in Dokument BR/GT I/40/70 enthalten.

A. Anzahl der Patentanmeldungen, die beim Europäischen Patentamt eingereicht werden könnten

6. Die Arbeitsgruppe hat die Anzahl der Anmeldungen, die beim Europäischen Patentamt eingereicht werden könnten, falls es seine gesamte Tätigkeit im Jahre 1975 aufnimmt, anhand der sogenannten Dreistaatentheorie geschätzt. Hingegen war man bei den Arbeiten der sechs Mitgliedstaaten der Gemeinschaften in den Jahren 1962 - 1965 für die Schätzung der voraussichtlichen Anzahl der Anmeldungen von der sogenannten Zweistaatentheorie ausgegangen.

Da die Anzahl der Vertragsstaaten dieses Uebereinkommens wesentlich höher ist als die Zahl der Staaten, die sich 1962 am Uebereinkommen beteiligt hätten, stellten einige Delegationen die Ueberlegung an, ob diese Sachlage den Uebergang von der sogenannten Zweistaatentheorie auf die derzeit als Grundlage gewählte Dreistaatentheorie rechtfertige.

Hierzu wurde jedoch bemerkt, dass die Dreistaatentheorie genügend realistisch erscheine, da davon ausgegangen werde, dass die Anmelder weiterhin zwischen dem europäischen Verfahren und dem nationalen Verfahren wählen könnten. Zudem wurde bemerkt, dass die Anzahl der Anmeldungen, zu der man bei der Zweistaatentheorie gelangt,

nicht wesentlich von der Zahl abweicht, zu der die Dreistaatentheorie führt.

Die Gruppe gelangte deshalb zu dem Schluss, dass die Zahl von 40.000 Anmeldungen, die sie der Schätzung der Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts zugrundelegt, realistisch erscheint, aber wahrscheinlich ein Minimum darstellt.

B. Anzahl der Prüfer, die für die Prüfung der Anmeldungen erforderlich sind

7. Die Gruppe erörterte die Richtzahlen, die für die Ermittlung der zur Prüfung der Anmeldungen erforderlichen Prüferzahl massgebend wären: Anzahl der Anmeldungen, die zu einem Antrag auf Prüfung führen, und Anzahl der erteilten Patente, bei denen ein Einspruchsverfahren eingeleitet wird. Die Gruppe ging nacheinander von den beiden folgenden Hypothesen aus: von der aufgeschobenen Prüfung von 7 Jahren und der aufgeschobenen Prüfung von 2 Jahren (Anlage 2 Blatt 1).
8. Für den Fall der aufgeschobenen Prüfung von 7 Jahren ging die Gruppe bei ihren Berechnungen davon aus, dass bei 52 von 100 Patentanmeldungen ein Prüfungsantrag gestellt würde und 40 davon zur Erteilung eines Patents führen würden. Bei 10 von diesen 40 Patenten würde ein Einspruchsverfahren eingeleitet werden. 35 Anmeldungen würden endgültig zu einem europäischen Patent führen.

Die Gruppe wählte diese Zahlenreihe aus folgenden Gründen: Sie sah zunächst einmal keinen Anlass, eine Reihe von Schätzungen zu ändern, die 1962 ermittelt worden waren. Ausserdem war zwar bemerkt worden, dass die Zahlen für die

Prüfungsanträge sowie für die endgültig erteilten Patente bei Berücksichtigung der einzelstaatlichen Erfahrungen wohl etwas zu hoch gegriffen wären, doch stellte die Gruppe hierzu fest, dass diese Erfahrungen nicht ohne weiteres für das europäische Verfahren gelten, da ihres Erachtens die Anmeldungen beim europäischen Patentamt grundsätzlich besser fundiert sein würden als die Anmeldungen bei nationalen Patentämtern. Die Gruppe hielt es schliesslich für klüger, die Anzahl der Prüfungsanträge nicht zu niedrig anzusetzen, da diese Zahl für die Errechnung des Bedarfs an Prüfern ausschlaggebend ist.

In bezug auf die Anzahl der Anmeldungen, die endgültig zur Erteilung eines europäischen Patents führen, war die Gruppe der Ansicht, dass sowohl aus Zweckmässigkeitsgründen gegenüber den interessierten Kreisen als auch zwecks Gewinnung eines vernünftigen Anhaltspunkts für die Anzahl der Patente, für die Jahresgebühren erhoben würden, - also der Grundlage für die Einnahmen des Europäischen Patentamts - die Zahl von 35 Patenten eine vorsichtige Schätzung sei.

9. Was den Fall einer aufgeschobenen Prüfung von 2 Jahren anbelangt, so sind die in der Studie des Vorsitzenden enthaltenen Zahlen (vgl. Anlage II Blatt 1) in einigen Punkten geändert worden, wobei der Satz von 6 % für die Anzahl der Anmeldungen, für die kein Antrag auf Prüfung gestellt wird, auf 10 % erhöht wurde.

Für die Gruppe stellte sich nämlich die schwierige Aufgabe, zu beurteilen, wie sich - im Vergleich zu dem Fall einer aufgeschobenen Prüfung von sieben Jahren - die Verkürzung der Frist für die Einreichung des Prüfungsantrags auf zwei Jahre auf die Anzahl der Anmeldungen auswirken könnte, die in dieser kurzen Frist aus wirtschaftlichen Gründen fallengelassen

würden, d.h. aus mangelndem Interesse des Anmelders an einer Fortsetzung des Verfahrens, weil er feststellt, dass seine Anmeldung wirtschaftlich uninteressant ist.

Die Gruppe hielt den Satz von 10 % für realistischer als den von 6 %, weil den Anmeldern der Bericht über den Stand der Technik vorläge und sie sich über das wirtschaftliche Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Anmeldung rasch ein Urteil bilden müssten. Die berichtigten Anlagen, die von vorstehender Hypothese ausgehen, sind den Empfehlungen der Arbeitsgruppe [Dok.BR/GT I/40/70] als Anlage beigelegt.

Die schwedische Delegation erhob Vorbehalte zu der Zahl von 72 Anmeldungen, die in der von der Gruppe zugrundegelegten Hypothese zu einem Prüfungsantrag führen würden. Aufgrund der in ihrem Land gemachten Erfahrung ist diese Delegation der Ansicht, dass die Zahl von 60 Prüfungsanträgen wohl realistischer sei. Da in Schweden die meisten Anmeldungen aus dem Ausland stammten, liessen sie sich nämlich qualitativ mit den Anmeldungen vergleichen, die beim Europäischen Patentamt eingereicht würden. Der Satz von 40 % Anmeldungen, für die kein Antrag auf Prüfung gestellt werde, ergebe sich, nachdem der Anmelder eine erste Stellungnahme des schwedischen Patentamts erhalten habe.

Die schwedische Delegation wurde gebeten, in einer für die Arbeitsgruppe IV bestimmten Studie anhand von Zahlenangaben darzulegen, was sie dazu veranlasst, bei den Anmeldungen, für die ein Antrag auf Prüfung gestellt wird, die Zahl 60 vorzuschlagen. Es wurde jedoch bemerkt, dass die Arbeitsgruppe IV den Unterschied berücksichtigen muss, der zwischen dem Bericht über den Stand der Technik des Internationalen Patentinstituts einerseits

BR/GT I/41 d/70 zat/QU/K/bm

.../...

und der ersten Stellungnahme des schwedischen Patentamts andererseits besteht, damit vergleichbare Faktoren zugrunde gelegt werden.

10. Die Gruppe stellte sich die Frage, ob die Einführung einer Prüfung mit einer siebenjährigen Frist die Anzahl der Anmeldungen beeinflussen könnte, die bei einer aufgeschobenen Prüfung von zwei Jahren beim Europäischen Patentamt eingereicht würden. Die Länder, die die aufgeschobene Prüfung mit einer Frist von sieben Jahren anwenden, teilten mit, dass die Anzahl der bei ihren Patentämtern eingereichten Patentanmeldungen gegenüber früher nur eine normale Zuwachsrate verzeichnet.

11. Hinsichtlich der Errechnung der Arbeitszeit, die für die einzelnen Arbeitsvorgänge des Erteilungsverfahrens benötigt wird, hat die Gruppe die in der Studie des Vorsitzenden vorgeschlagenen Zahlen (Anlage 2 Blatt 2) geändert und folgende Zahlen dafür angesetzt:

0,1 Arbeitstage für eine Offensichtlichkeitsprüfung,

2,7 Arbeitstage für eine Neuheitsprüfung und

5 Arbeitstage für das Einspruchsverfahren.

Die Gruppe gelangte anhand dieser Angaben und unter Berücksichtigung einer Sicherheitsmarge von 7 % für Arbeitsunterbrechungen und Ausbildung neuer Prüfer durch Prüfer des Patentamts zu der Zahl von 390 Prüfern bei einer aufgeschobenen Prüfung von 7 Jahren und zu der Zahl von 534 Prüfern bei einer aufgeschobenen Prüfung von zwei Jahren.

Es wurde darum ersucht, dass die Arbeitsgruppe IV gegebenenfalls Hypothesen entwickelt, bei denen von 10 % statt

des derzeitig vorgesehenen Satzes von 7 % ausgegangen wird. Im übrigen wurde bemerkt, dass bei der von der Gruppe angesetzten Prüferzahl die Vorsitzenden der Patentabteilungen nicht berücksichtigt würden.

C. Gesamtpersonalbestand des Europäischen Patentamts

12. In bezug auf den Gesamtpersonalbestand und die Aufteilung des Personals des Europäischen Patentamts nach Laufbahngruppen billigte die Gruppe die in Anlage 3 enthaltenen Zahlen betreffend den Gesamtpersonalbestand bei einem Bedarf von 390 Prüfern. Es bestand in der Gruppe Einvernehmen darüber, dass diese Zahlen nur als Anhaltspunkt dienen und dass das Organisationsschema des Patentamts in seinen Einzelheiten durch Anlage 3 nicht präjudiziert wird. Die Gruppe äusserte sich zwar nicht zu der Aufteilung einiger Personalgruppen (z.B. insbesondere die Anzahl der Schreibkräfte des Schreibdienstes), hielt es aber für zweckmässig, die Zahlen in Anlage 3 in Betracht zu ziehen, um für die Berechnung der Ausgaben des Patentamts über ausreichende Grundlagen zu verfügen.

13. Die Arbeitsgruppe kam überein, dass die Arbeitsgruppe IV die gleichen Berechnungen, wie sie in der Anlage 3 enthalten sind, unter Zugrundelegung einer aufgeschobenen Prüfung von zwei Jahren durchführen sollte. Bei den erforderlichen Extrapolationen anhand der Anlage 3 könnte die Arbeitsgruppe IV zu diesem Zweck von einer zusätzlichen Anzahl von 144 Prüfern ausgehen. Die Gruppe war der Meinung, dass es bei einer aufgeschobenen Prüfung von zwei Jahren vielleicht nicht angezeigt ist, die Errechnung der Anzahl der nicht als Prüfer tätigen Beamten einfach proportional vorzunehmen, da es nicht von vornherein selbstverständlich ist,

dass eine zusätzliche Anzahl von Prüfern ohne weiteres eine verhältnismässige Zunahme des Gesamtpersonalbestands des Patentamts nach sich zieht. Die Gruppe meinte jedoch, dass bei einer aufgeschobenen Prüfung von zwei Jahren wohl zunächst mindestens 300 Beamte zusätzlich vorgesehen werden müssten. Es wurde nämlich festgestellt, dass für jeden zusätzlichen Prüfer eine zusätzliche Hilfskraft (also $144 \times 2 = 288$) sowie einige Verwaltungsbedienstete vorzusehen wären.

Die Arbeitsgruppe war schliesslich der Ansicht, dass es vorerst genügen würde, den Gesamtpersonalbestand des Patentamts für die beiden Extremfälle einer aufgeschobenen Prüfung von sieben und einer aufgeschobenen Prüfung von zwei Jahren zu schätzen, und dass es nicht notwendig sei, die Arbeitsgruppe IV zu ersuchen, Schätzungen für eine mittlere Lösung anzustellen. Sollte nämlich letztlich ein mittlerer Zeitraum gewählt werden, so wäre es ihrer Meinung nach möglich, anhand der Minimal- und Maximalhypothese für diesen Zeitraum hinreichend genaue Zahlen zu ermitteln.

D. Aufgliederung des Personals auf die einzelnen Besoldungsgruppen
- Dienstbezüge

14. Die Gruppe kam überein, dass die Arbeitsgruppe IV die Anlagen 4 bis 9 benutzen kann, in denen Angaben zur Errechnung der Ausgaben enthalten sind. Die Gruppe IV könne jedoch insbesondere hinsichtlich der Gehälter auch anderes Vergleichsmaterial heranziehen.

Der Vertreter des IIB teilte bereits mit, dass die in Anlage 8 aufgeführten Dienstbezüge in ihrer Grössenordnung mit denen des IIB vergleichbar sind. Namentlich

die Anlage 8 präjudiziert nicht die Schlussfolgerungen, zu denen die Arbeitsgruppe III gelangen wird.

Die Arbeitsgruppe hat auf jeden Fall festgestellt, dass die Dienstbezüge der Prüfer des Patentamts höher sein müssten als die Bezüge, die beim nationalen Patentamt des Vertragsstaates mit dem höchsten Besoldungsniveau gezahlt werden.

15. Bei der Prüfung der Anlagen 4 bis 9 bestand Einvernehmen darüber, dass die Ausgaben, die durch die besonderen Organe des zweiten Uebereinkommens und das Personal dieser Organe verursacht werden, voll und ganz durch Mittel (Gebühren oder gegebenenfalls Beiträge) gedeckt werden müssten, die ausschliesslich von den Vertragsstaaten des zweiten Uebereinkommens aufzubringen wären.
16. Die britische Delegation wies auf ihren früheren Vorschlag betreffend Zweigstellen des Patentamts hin und bemerkte, dass ein solcher Vorschlag höchstwahrscheinlich finanzielle Auswirkungen hätte, insbesondere weil es in einem solchen Falle beim grössten Teil des Personals nicht erforderlich wäre, Auslandszulagen vorzusehen. Wohl könnten sich aber bei Annahme eines solchen Vorschlags andere Ausgabenposten erhöhen. Die Gruppe stellte fest, dass mit den in den betreffenden Anlagen enthaltenen Angaben über den Vorschlag der britischen Delegation noch nicht entschieden sei; bis zur nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe I, auf der diese Frage geprüft wird, müssten aber neben den allgemeinen organisatorischen Aspekten dieses Vorschlags auch dessen finanzielle Aspekte durchdacht werden.

E. Laufende Ausgaben des Europäischen Patentamts

17. In bezug auf Anlage 10 bemerkte die Gruppe, dass unter Titel II Kapitel IX ein Ansatz von 20.000 \$ für Fortbildungsaufenthalte vorgesehen werden müsste, so dass die auf Blatt 2 und 10 genannte Summe von 2.866.000 \$ auf 2.886.000 \$ zu erhöhen wäre.
18. Die Gruppe äusserte sich zwar nicht zu der Höhe der Gebühren für den Druck der Offenlegungs- und Patentschriften oder zu dem Verkaufs- bzw. Abonnementspreis des Amtsblatts und des Europäischen Patentblatts, ging aber von dem Grundsatz aus, dass diese Kosten im Kapitel X nur "zur Erinnerung" aufgeführt werden dürften, weil die Ausgaben für den Druck der Patentschriften voll und ganz durch die Veröffentlichungsgebühren und den Verkauf dieser Schriften gedeckt werden müssen und die Ausgaben für die Herausgabe des Amtsblatts und des Europäischen Patentblatts grundsätzlich in voller Höhe aus dem Verkaufserlös dieser Veröffentlichungen zu decken sind.

F. Schätzung der Einnahmen des Europäischen Patentamts

a) Verfahrens- und Jahresgebühren

19. Die Gruppe prüfte die in Anlage 11 enthaltene Uebersicht, in der die nach dem Vorentwurf eines Uebereinkommens vorgesehenen Gebühren in drei Gruppen unterteilt werden. Einige Delegationen stellten die Frage, ob es gerechtfertigt ist, eine Gruppe von Gebühren vorzusehen, die für die Schätzung der Einnahmen des Europäischen Patentamts "neutral" wären (vgl. insbesondere Bemerkungen zu der Gebühr für den Bericht über den Stand der Technik unter den Punkten 22 und 23).

Für die Arbeit der Arbeitsgruppe IV wurden vorerst die Anlagen 11 bis 18 als Berechnungsgrundlage genommen. Es bestand hierbei Einvernehmen, dass insbesondere die Beträge, die als Verfahrensgebühren und als Jahresgebühren vorgesehen sind, die Beträge nicht präjudizieren, die letztlich bei der Ausarbeitung der Gebührenordnung festgelegt werden.

Im übrigen wird die Arbeitsgruppe I später zu prüfen haben, welches Verhältnis letzten Endes zwischen dem Gesamtbetrag der Verfahrensgebühren einerseits und dem Betrag der Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung der Anmeldung andererseits festgesetzt werden sollte. Angesichts dieser verschiedenen Ueberlegungen hat die Gruppe die Zahlen der Anlage 13 zum Zweck einer Prüfung durch die Arbeitsgruppe IV vorläufig gebilligt. Einem Vorschlag, die Einspruchsgebühr auf 50 \$ anstatt auf 25 \$ festzulegen, wurde vorerst nicht entsprochen.

20. Was die in Anlage 16 enthaltene Uebersicht betrifft, in der eine Tabelle der Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung der europäischen Patentanmeldung vorgeschlagen wird, so hat die Arbeitsgruppe die vorgesehene Tabelle - insbesondere für die ersten 10 Jahre - angenommen und die Staffelung der Gebühr für die ersten 10 Jahre vorerst gebilligt. Die Gruppe hielt es aus Gründen der Zweckmässigkeit nicht für notwendig, dass die Arbeitsgruppe IV für die Zeit vom 11. Jahr nach Einreichung der Anmeldung an Schätzungen vornimmt. Auf jeden Fall dürfte die Anzahl der Patentanmeldungen, die als solche in einem Stadium des Erteilungsverfahrens vor dem Europäischen Patentamt noch übrig blieben, gering sein, und die Gebühren, die für solche Anmeldungen erhoben würden, dürften bei den Einnahmen des Patentamts daher nicht ins Gewicht fallen.

Die Arbeitsgruppe I hat zu der Frage, ob die Jahresgebühren vom 11. Jahr an weiterhin zu staffeln wäre oder ob sie dann gleichbleiben sollte, nicht Stellung genommen.

Ferner kam die Arbeitsgruppe vorläufig überein, dass die Jahresgebühr für die Aufrechterhaltung der Anmeldung unabhängig von der Anzahl der in der Anmeldung benannten Länder sowie bei mehreren benannten Ländern unabhängig von der Grösse der einzelnen Länder auf einen bestimmten Betrag festgelegt wird, so wie es der Gruppe vorgeschlagen worden war.

21. Die Gruppe bemerkte, dass die Schätzung der in Anlage 18 aufgeführten Einnahmen auf der Grundlage einer aufgeschobenen Prüfung von sieben Jahren erstellt wurde, und ersuchte die Arbeitsgruppe IV, insbesondere für die Anlagen 14, 17 und 18 entsprechende Tabellen für den Fall einer aufgeschobenen Prüfung von zwei Jahren auszuarbeiten (1).

(1) Es ist zu berücksichtigen, dass die Angaben der Anlagen 17 und 18 auch Zusatzpatentanmeldungen erfassen, für die keine Jahresgebühren entrichtet werden.

b) Gebühren für den Bericht über den Stand der Technik

22. Die Arbeitsgruppe prüfte die Frage, ob und wie erreicht werden könnte, dass die Gebühr für die Erstellung des Berichts des Internationalen Patentinstituts über den Stand der Technik niedriger wäre, als der von diesem Institut berechnete Preis, wobei die Differenz auf die übrigen Gebühren umgelegt werden müsste.

Hierbei wurde daran erinnert, dass dieses Problem dadurch entsteht, dass europäische Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt im Wege einer internationalen Anmeldung nach Massgabe des PCT-Plans zusammen mit einem vorläufigen Bericht eingereicht werden können, der von einer internationalen Recherchenbehörde erstellt wird, die nicht alle durch die Erstellung dieses Berichts entstehenden Kosten erhebt, da sie zum Haushaltsausgleich über Jahresgebühren verfügt, die das Internationale Patentinstitut nicht erhält. Das IIB muss folglich einen Preis verlangen, der alle Kosten für die Erstellung seiner Berichte deckt.

23. Ohne sich endgültig zu den weiteren Folgerungen aus dieser Frage zu äussern, stellte die Gruppe fest, dass es für den Ausgleich der Differenz, die sich ergeben würde, wenn die vom Amt für die Ausarbeitung des Berichts über den Stand der Technik erhobene Gebühr unter dem hierfür vom Internationalen Patentinstitut verlangten Preis liegen

soll, nur zwei Möglichkeiten oder gegebenenfalls die Kombination dieser beiden Möglichkeiten geben würde: Erhöhung der vom Europäischen Patentamt unmittelbar erhobenen Verfahrensgebühren oder einen entsprechenden Aufschlag auf die Jahresgebühren. Sollte die Differenz durch Erhöhung der Verfahrensgebühren ausgeglichen werden, so käme dafür aber wohl nur die Anmeldegebühr in Frage, da ja eine Reihe von Anmeldungen im Laufe des Verfahrens vor dem Europäischen Patentamt hinfällig wird.

Zur Möglichkeit der Heranziehung der Jahresgebühren bemerkte die Gruppe, dass die Gebühren für die Aufrechterhaltung der Anmeldung für den Zweck des erforderlichen Ausgleichs wohl kaum in Frage kämen; daher könne man nur die entsprechende Erhöhung der von den nationalen Ämtern für europäische Patente erhobenen Jahresgebühren vorsehen.

Die Gruppe äusserte sich nicht dazu, welcher Prozentsatz der Gebühr für den Bericht über den Stand der Technik in die Verfahrensgebühren, in die Gebühren für die Aufrechterhaltung der Anmeldung oder in die Jahresgebühren einbezogen werden könnte. Es bleibt der Arbeitsgruppe IV überlassen, einen angemessenen Prozentsatz vorzuschlagen, und zwar insbesondere anhand einer von der französischen Delegation durchgeführten, mit Zahlen belegten Untersuchung, in der vor allem der Preis des Internationalen Patentinstituts für die Ausarbeitung des Berichts über den Stand der Technik berücksichtigt werden wird.

c) Benennungsgebühren

24. In bezug auf die Frage, ob die Benennungsgebühren vom Anmelder unmittelbar an das Europäische Patentamt oder an die Vertragsstaaten abzuführen wären, äusserte die Gruppe die Ansicht, dass diese Gebühren an das Europäische Patentamt abgeführt werden sollten.
25. Die Gruppe entschied sich bezüglich der Höhe der Benennungsgebühr vorläufig für den Betrag, der zur Zeit im PCT-Plan vorgesehen ist, d.h. 12 \$.
26. Die Gruppe erörterte die Frage, wie viele Benennungsgebühren für eine europäische Patentanmeldung in Frage kommen könnten, und zwar unter Berücksichtigung des Umstands, dass die europäischen Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt unmittelbar oder im Wege des PCT-Verfahrens eingereicht werden können. Nach Ansicht der Gruppe könnte die Arbeitsgruppe IV zunächst vorsehen, dass sich die Zahl der Benennungsgebühren für die europäische Patentanmeldung nach der Zahl der in der Anmeldung benannten Vertragsstaaten richtet. In diesem Fall würde zur Erleichterung der Berechnungen die etwaige Auswirkung einer nach dem PCT-Verfahren bereits gezahlten Benennungsgebühr auf eine europäische Patentanmeldung nicht berücksichtigt. Die Gruppe hat zu diesem Zweck Anlage 23 angenommen.
27. Im Hinblick auf die Schätzung der voraussichtlichen Zahl der Benennungsgebühren warf die Gruppe die Frage auf, ob für das Einheitsspatent nach dem zweiten Uebereinkommen, dem zufolge die sechs Mitgliedstaaten gemeinsam zu benennen sind, eine einzige oder sechs Benennungsgebühren zu erheben wären. Die Gruppe hat zu dieser Frage, die zunächst auf der Ebene der sechs Mitgliedstaaten geprüft werden muss, die

das zweite Uebereinkommen ausarbeiten, nicht Stellung genommen. Die Konferenz wird hierüber zu beraten haben.

28. Die Gruppe prüfte schliesslich anhand der Anlage 23 die voraussichtliche Häufigkeit der Benennung der Vertragsstaaten; die Studie des Vorsitzenden gelangt zu dem Ergebnis, dass in jeder europäischen Patentanmeldung durchschnittlich 7,8 Vertragsstaaten benannt werden.

Der Vertreter der BIRPI bestätigte das Ergebnis dieser Studie und erklärte, seine Organisation sei zu dem Schluss gekommen, dass in einer internationalen Patentanmeldung durchschnittlich 7 Vertragsstaaten bezeichnet würden.

Die Gruppe vertrat die Auffassung, dass bei derartigen Schätzungen eine gewisse Vorsicht geboten sei; es wurde insbesondere bemerkt, dass die Haltung der Anmelder in bezug auf die Inanspruchnahme oder Nichtinanspruchnahme des Prioritätsrechts einer nationalen Anmeldung hierbei eine gewisse Rolle spielen könnte. Die Gruppe hielt es daher für zweckmässiger, die Benennung eines bestimmten Vertragsstaats durch dessen eigene Staatsangehörige nicht zu berücksichtigen.

Die Gruppe gelangte zu dem Schluss, dass die Arbeitsgruppe IV zur Schätzung der Einnahmen aus den Benennungsgebühren von folgenden Zahlen ausgehen könnte: Gesamtzahl der Spalte 4: 76.958; in der Spalte 2 a errechnete Zahl: 12.678; in der Spalte 4 a angenommene Zahl: 20.000; Gesamtsumme dieser Zahlen: 109.636; erhöht um den Koeffizienten 11,2 ergibt dies eine Gesamtzahl von etwa 120.000 Benennungen, d.s. im Durchschnitt drei Benennungen je Anmeldung für den Fall, dass für die Unterzeichnerstaaten des zweiten Uebereinkommens nur eine Benennungsgebühr erhoben würde. Die

Arbeitsgruppe IV könnte bei ihren Schätzungen auch von der anderen Hypothese ausgehen, dass die Benennung der Unterzeichnerstaaten des zweiten Uebereinkommens zur Erhebung von sechs Benennungsgebühren führen würde; in diesem Fall müsste der Benennungsfaktor auf 7,6 erhöht werden.

G. Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts

29. Bei Prüfung der Anlage 19 erhob sich die Frage nach der künftigen Form des Haushaltsplans des Europäischen Patentamts, und zwar unter Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben, die spezifisch zu Lasten der Vertragsstaaten des zweiten Uebereinkommens gehen.

Da der Haushalt des Amtes eine Einheit darstellen soll, wird es Sache der Arbeitsgruppe IV sein, zu prüfen, nach welchem Verfahren der Teil des Haushaltsplans, der die mit der Durchführung des zweiten Uebereinkommens beauftragten Organe betrifft, zunächst einmal von dem mit der Ueberwachung der Durchführung des zweiten Uebereinkommens beauftragten engeren Ausschuss des Verwaltungsrates genehmigt werden muss, ehe er dem im ersten Uebereinkommen vorgesehenen Verwaltungsrat zur Genehmigung vorgelegt wird.

Ausserdem wurde bemerkt, dass der Haushalt des Amtes zu gegebener Zeit die in der Anlage 11 erwähnten "neutralen Gebühren" umfassen müsse.

H. Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts bei sofortiger voller Eröffnung und bei stufenweisem Aufbau (Anlagen 20 bis 22)

30. Die Arbeitsgruppe I einigte sich darauf, dass es zweckmässig sei, wenn die Arbeitsgruppe IV die Struktur

der Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts unter Zugrundelegung der folgenden beiden Hypothesen prüfte: sofortige volle Eröffnung für alle Bereiche der Technik und stufenweiser Aufbau.

31. Bei der Prüfung der zweiten Hypothese sollte sich die Arbeitsgruppe IV, um die Zahl der denkbaren Varianten nicht noch zu vergrössern, auf das Schema der Anlage 21 stützen, nach dem das Europäische Patentamt stufenweise in fünf Phasen nach den in Anlage 21 angegebenen Prozentsätzen für die einzelnen technischen Bereiche eröffnet würde.
32. Zu den vom Vorsitzenden in den Anlagen 20 und 22 aufgestellten Hypothesen wurde folgendes bemerkt: Das Verfahren der aufgeschobenen Prüfung könnte zur Folge haben, dass bei Beginn der Tätigkeit des Europäischen Patentamts keine sehr hohe Zahl von Prüfern, jedenfalls nicht die in den vorhergehenden Anlagen genannte Gesamtzahl erforderlich wäre, so dass nach der Berechnung einer Delegation der bis zum achten Jahr auszugleichende Fehlbetrag bei sofortiger Eröffnung nicht bei 80.678.000 \$, sondern nur bei 45.000.000 \$ läge; im Falle des stufenweisen Aufbaus würde der in der Anlage 22 genannte Fehlbetrag nicht 105.162.400 \$, sondern nur 57.000.000\$ betragen (1).
33. Es wurde eingeräumt, dass die Arbeitsgruppe IV dennoch die besonderen Probleme eines europäischen Amtes berücksichtigen müsste; dieses werde bei der Einstellung von Personal grössere Schwierigkeiten als ein nationales Amt

(1) Die niederländische Delegation hat zu diesem Problem eine Aufzeichnung ausgearbeitet. Diese Aufzeichnung, die der Arbeitsgruppe IV zur Verfügung gestellt wird, trägt das Aktenzeichen BR/GT I/42/70.

haben und müsse auf jeden Fall für die Ausbildung dieses Personals sorgen, was zu erheblichen Anlaufkosten führen könne. Einige Delegationen waren ferner der Ansicht, dass die in der Anlage 22 für das "Haushaltsjahr 0" genannten Zahlen sorgfältig geprüft werden müssten.

I. Teilweise Finanzierung des Europäischen Patentamts durch Abführung eines Teils der von den nationalen Aemtern erhobenen Jahresgebühren

34. Die Gruppe erörterte eingehend, auf welchen Grundlagen ein Teil der von den nationalen Aemtern für europäische Patente erhobenen Jahresgebühren an das Europäische Patentamt abgeführt werden sollte, um eine Teilfinanzierung dieses Amtes zu gewährleisten (Anlagen 24 und 25).

35. a) In der Studie, die der Gruppe vorliegt, ist vorgesehen, dass die nationalen Aemter 75 % des Aufkommens an Jahresgebühren für europäische Patente an das Europäische Patentamt abführen.

Diejenigen Delegationen, die hiermit grundsätzlich einverstanden waren, hielten einen Satz von 75 % für angemessen. Hierbei sind zwei Ueberlegungen zu berücksichtigen: Einerseits werden die nationalen Aemter für vom Europäischen Patentamt erteilte europäische Patente nur noch sehr wenig Arbeit zu erledigen haben; dies lässt die Abführung eines bedeutenden Teils der Jahresgebühren an das Europäische Patentamt gerechtfertigt erscheinen. Andererseits darf aber nicht übersehen werden, dass die Jahresgebühren ganz allgemein die wichtigste Finanzierungsquelle für die nationalen Aemter darstellen.

36. Zu der erwähnten Regelung wurde bemerkt, dass sie möglicherweise nicht sehr gerecht ist, da die Jahresgebühren für die erteilten Patente in den einzelnen Vertragsstaaten ganz verschieden hoch seien. Ausserdem könnte eine solche Regelung für einen grossen Teil der Einnahmen des Amtes einen Unsicherheitsfaktor enthalten, da es den Vertragsstaaten nach wie vor freistünde, die Höhe ihrer Gebühren zu ändern. Ein Vertragsstaat könnte auch sein einzelstaatliches Patentrecht ausser Kraft setzen, so dass in diesem Staat keine Jahresgebühren mehr erhoben würden.

Dazu wurde erklärt, dass ein Vertragsstaat seine Jahresgebühren für Patente nicht wesentlich verringern könnte, ohne Gefahr zu laufen, eine sehr grosse Zahl von Ausschliesslichkeitsrechten entstehen zu lassen, was in wirtschaftlicher Hinsicht wenig erfreuliche Folgen haben könnte.

Eine Delegation stellte abschliessend fest, dass in einigen Ländern die Kosten für die vom Internationalen Patentinstitut oder von einem nationalen Amt durchgeführte Recherche in den Jahresgebühren enthalten sind. Da beim europäischen Patent eine entsprechende Gebühr schon erhoben werde, würden einige Vertragsstaaten also die Jahresgebühren für das europäische Patent ändern oder sogar zwei verschiedene Gebührensätze für nationale und europäische Patente einführen müssen.

37. b) Daher wurde eine andere Regelung vorgeschlagen, bei der für das europäische Patent ein bestimmter Betrag als Jahresgebühr festgelegt wird und zwar gegebenenfalls je nach der Bedeutung der einzelnen Vertragsstaaten.

Diesem Vorschlag wurde entgegengehalten, dass Jahresgebühren in unterschiedlicher Höhe in den einzelnen Vertragsstaaten wohl nicht unvertretbar seien. In Anbetracht der in einigen Staaten tatsächlich sehr niedrigen Jahresgebühren könnte ausserdem ein System mit höherem Gebührenniveau für das erteilte europäische Patent zur Folge haben, dass der betreffende Staat entweder seine Gebühr beträchtlich erhöhen müsse oder auf den Beitritt zum Uebereinkommen verzichten müsse.

38. Die Ueberlegung, dass das Europäische Patentamt die Sicherheit haben müsste, aus den Jahresgebühren einen bestimmten Einnahmenbetrag zu erhalten, veranlasste die Gruppe dazu, folgendes in Betracht zu ziehen: Bei der ersten, unter Buchstaben a genannten Regelung müsste für den Fall, dass der Anteil von 75 % der einzelstaatlichen Jahresgebühren einen bestimmten Betrag nicht erreicht, jedenfalls festgelegt werden, dass die Differenz entweder unmittelbar vom nationalen Patentamt des betreffenden Staates oder durch einen ergänzenden Beitrag dieses Staates ausgeglichen wird.
39. Die Gruppe hielt es vor allem aus Gründen der Vereinfachung nicht für zweckmässig, dass der Anmelder einen Teil des Jahresbetrags unmittelbar an das Europäische Patentamt zu zahlen hätte. Da die europäischen Patente vom Europäischen Patentamt erteilt, aber danach von den nationalen Aemtern verwaltet werden, ist es Sache dieser Aemter, die einzelstaatlichen Gebühren gemäss den patentrechtlichen Vorschriften in dem betreffenden Mitgliedstaat zu erheben.

40. Aufgrund ihrer Erörterungen gelangte die Gruppe zu dem Schluss, dass die Arbeitsgruppe IV insbesondere die beiden folgenden Möglichkeiten prüfen sollte:

- Die in Anlage 25 der Studie des Vorsitzenden vorgeschlagene Regelung, wonach 75 % der Jahresgebühren für europäische Patente von den nationalen Aemtern abgeführt werden. Für jeden Vertragsstaat müsste ein Mindestbetrag festgesetzt werden. Die Zahlung dieses Betrages durch jeden Vertragsstaat müsste auf alle Fälle gewährleistet sein.
- Zweitens könnte eine Regelung geprüft werden, die nicht auf den geltenden einzelstaatlichen Gebühren beruht, sondern besondere Gebühren für erteilte europäische Patente, die nach noch zu bestimmenden Kriterien für jeden Vertragsstaat festzusetzen wären.

J. Beitragsschlüssel für die von den Vertragsstaaten zu leistenden Vorschüsse und für deren Rückzahlung (Anlagen 26 bis 28)

41. Die Gruppe prüfte die Frage, nach welchem Schlüssel die Vertragsstaaten während des gesamten Zeitraums Beiträge zu leisten haben werden, in dem das Gebührenaufkommen des Europäischen Patentamts (aus Verfahrensgebühren, aus Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung der Anmeldung und aus der Abführung eines Teiles der einzelstaatlichen Gebühren für erteilte Patente) zur Deckung seiner Kosten nicht ausreichen wird.

42. Zur Abgrenzung der relativen Bedeutung dieses Problems bemerkte die Gruppe zunächst, dass die Beiträge der Mitgliedstaaten keine verlorenen Zuschüsse, sondern rückzahlbare Vorschüsse wären.

Nicht infrage kommt ihrer Ansicht nach ein Beitragschlüssel, der sich auf Faktoren stützt, in denen nicht ausschliesslich die relative Bedeutung der Staaten auf dem Patentgebiet zum Ausdruck kommt. Damit scheiden Beitragschlüssel aus, die auf dem Bruttosozialprodukt oder der Bevölkerungszahl der Vertragsstaaten basieren.

43. Ausgehend von dem Grundsatz, dass sich der Beitragschlüssel ausschliesslich nach der Bedeutung der Vertragsstaaten auf dem Gebiet des Patentwesens richten müsste, prüfte die Gruppe mehrere Möglichkeiten.

Als erste Berechnungsgrundlage für den Beitragsschlüssel wurde die Häufigkeit der Benennung der Vertragsstaaten genannt. Ein solcher Schlüssel erschien der Gruppe jedoch nicht brauchbar, da er sehr unsicher und ausserdem veränderlich ist. Zudem wäre ein solcher Schlüssel nicht gerecht, weil die Vertragsstaaten des zweiten Uebereinkommens gemeinsam genannt werden müssen.

Ein Beitragsschlüssel, der sich nach der Zahl der in den einzelnen Staaten erteilten Patente richten würde, wurde von der Gruppe ebenfalls nicht für unbedingt brauchbar gehalten, da er zu falschen Relationen zwischen den Staaten, in denen die Patente nach Prüfung erteilt werden, und den Staaten mit Registrierpatenten führen würde.

44. Die Gruppe hielt einen unveränderlichen Schlüssel für zweckmässig; sie ging nämlich davon aus, dass der festgelegte Schlüssel sowohl während des gesamten Zeitraums, in dem einzelstaatliche Beiträge erforderlich sind, als auch während des Zeitraums anwendbar wäre, in dem das Europäische Patentamt den einzelnen Vertragsstaaten die Beiträge zurückzahlt (d.h. von dem Augenblick an, in dem der Haushalt des Amtes Ueberschüsse aufweist). Ein im Uebereinkommen festgelegter unveränderlicher Beitragsschlüssel würde im übrigen einem Staat, der dem Uebereinkommen später beitreten will, die Möglichkeit geben, die Höhe seiner Verpflichtungen genau zu kennen; damit würde auch eine erneute Diskussion um den Aufbringungsschlüssel vermieden.
45. Eine Delegation schlug einen Schlüssel vor, der nach der Zahl der Anmeldungen aus Vertragsstaaten berechnet würde, die sich nach der Dreistaatentheorie in Anmeldungen für europäische Patente verwandeln.
46. Die Gruppe war der Auffassung, dass die Arbeitsgruppe IV bei der Wahl eines Beitragsschlüssels im wesentlichen die Spalte 6 der Anlage 28 zugrundelegen sollte. Für die Festlegung der Prozentsätze des Beitragsschlüssels müssten die statistischen Unterlagen für das vorletzte Jahr vor Eröffnung des Europäischen Patentamts herangezogen werden.
47. Schliesslich müsste auch geprüft werden, in welcher Zeitfolge das Europäische Patentamt die Beiträge der Mitgliedstaaten zu erstatten hat. Dazu wurde bemerkt, dass im

Falle des Beitritts weiterer Staaten zum Uebereinkommen das Europäische Patentamt zunächst die ersten Beiträge zurückzahlen müsste, d.h. die Beiträge, die ihm von den ersten Vertragsstaaten gezahlt worden waren.

III

Weiteres Programm der Arbeitsgruppe und Festlegung der neuen Tagungstermine

48. Die Gruppe billigte die Anlage zu der ihr vorgelegten Tagesordnung, wies jedoch darauf hin, dass in Punkt IV Ziffer 1 auch die endgültige Fassung des PCT-Plans berücksichtigt werden sollte, wie sie sich aufgrund der Entscheidungen der diplomatischen Konferenz in Washington ergeben wird.

49. Die Gruppe einigte sich auf folgende Sitzungstermine:

- 8. bis 11. September 1970
- 1. bis 4. Dezember 1970
- 12. bis 15. Januar 1971.

IV

Einsetzung einer Untergruppe zur Ausarbeitung der Ausführungsordnung

50. Die Arbeitsgruppe beschloss, eine Untergruppe zur Ausarbeitung der Ausführungsordnung zum Uebereinkommen einzusetzen.

Es bestand Einvernehmen darüber, dass die Untergruppe ihre Arbeit am 30. November 1970 beenden sollte.

Jede Delegation der Arbeitsgruppe I kann in diese Untergruppe Sachverständige entsenden.

V

Sonstiges

Vorentwurf eines Organisationsschemas für das Europäische Patentamt

51. Die Gruppe hatte einen ersten Gedankenaustausch über den ihr vom Vorsitzenden unterbreiteten Vorentwurf eines Organisationsschemas. Sie konnte sich zu diesem Schema noch nicht endgültig äussern.

Vor allem wird später - insbesondere nachdem die Vertragsstaaten des zweiten Uebereinkommens die Erörterungen hierüber aufgenommen haben werden - zu prüfen sein, ob die Patentverwaltungsabteilung oder ein Teil dieser Abteilung möglicherweise der Generaldirektion III angegliedert werden könnte.

Ferner wird zu prüfen sein, ob ein Teil der Abteilung 3 der Generaldirektion III (Klassifikation) der für die Patenterteilung zuständigen Generaldirektion I angegliedert werden könnte.

Abschliessend hielt es die Gruppe jetzt noch nicht für notwendig, sich zum Vorentwurf eines Organisationsschemas zu äussern, da die Prüfung dieses Dokuments auch nach der Unterzeichnung des Uebereinkommens erfolgen könne.

CONFERENCE INTERGOUVERNEMENTALE
POUR L'INSTITUTION
D'UN SYSTEME EUROPEEN
DE DELIVRANCE DE BREVETS

- Secrétariat -

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

- Sekretariat -

INTER-GOVERNMENTAL CONFERENCE
FOR THE SETTING UP OF A EUROPEAN SYSTEM
FOR THE GRANT OF PATENTS

- Secretariat -

ANNEXE I

au doc. BR/GT I/41/70

ANLAGE I

zu Dok. BR/GT I/41/70

ANNEX I

to doc. BR/GT I/41/70

ARBEITSGRUPPE I

(Luxemburg, 1. bis 3. April 1970)

VERZEICHNIS DER TEILNEHMER

WORKING PARTY I

(Luxembourg, 1 to 3 April 1970)

LIST OF PARTICIPANTS

GROUPE DE TRAVAIL I

(Luxembourg, 1 au 3 avril 1970)

LISTE DES PARTICIPANTS

Vorsitzender - Chairman - Président

Dr. K. HAERTEL

Präsident des Deutschen Patentamtes

- DELEGATIONEN - DELEGATIONS - DELEGATIONS

DEUTSCHLAND

Dr. H. MAST

Ministerialrat
Bundesjustizministerium

Dr. R. SINGER

Leitender Regierungsdirektor
Deutsches Patentamt

Dr. O. BOSSUNG

Regierungsdirektor
Deutsches Patentamt

Dr. W. BÖCKER

Oberregierungsrat
Bundesfinanzministerium

M. H. STREBEL

Regierungsoberamtmann
Deutsches Patentamt

FRANCE

M. F. SAVIGNON

Directeur
Institut National de la
Propriété Industrielle

M. R. LABRY

Conseiller d'Ambassade
Ministère des Affaires Etrangères

M. P. FRESSONNET

Directeur-adjoint
Institut National de la
Propriété Industrielle

M. R. GAJAC

Délégué, Conseiller Juridique
Institut National de la
Propriété Industrielle

PAYS-BAS

M. J. DENKER	Membre de l'"Octrooiraad"
M. W. NEERVOORT	Secrétaire de l'"Octrooiraad"

SUISSE

M. W. STAMM	Directeur du Bureau fédéral de la Propriété Intellectuelle
M. M. LEUTHOLD	Chef de section du Bureau fédéral de la propriété intellectuelle

SWEDEN

Mr. G. BORGGÅRD	Director General National Swedish Patent and Registration Office
Mr. C. UGGLA	Chairman, Board of Appeals National Swedish Patent and Registration Office

UNITED KINGDOM

Mr. E. ARMITAGE	Comptroller General Patent Office, Board of Trade
Mr. J.D. FERGUSON	Assistant Comptroller Patent Office, Board of Trade
Mr. H.W. SAVAGE	Chief Executive Officer Patent Office, Board of Trade
Mr. J.A. COOKE	Second Secretary United Kingdom delegation to the European Communities

- BEOBACHTER - OBSERVERS - OBSERVATEURS

BUREAUX INTERNATIONAUX REUNIS POUR LA PROTECTION DE LA
PROPRIETE INTELLECTUELLE (BIRPI) - GENEVE

M. K. PFANNER

Conseiller supérieur
Chef de la Division de la
propriété industrielle

COMMISSION DES COMMUNAUTES EUROPEENNES

M. B. SCHWAB

Administrateur principal
Direction Générale XIV

INSTITUT INTERNATIONAL DES BREVETS (I.I.B.) LA HAYE

M. L. FEYEREISEN

Sous-Directeur technique

M. C. VINCENT-SMITH

Sous-Directeur, Chef des Services
d'administration générale

BR/GT I/41 d/e/f/70

.../...

- SEKRETARIAT - SECRETARIAT - SECRETARIAT

M. J. SAUR Administrateur principal

M. V. GHIDI Agent auxiliaire

M. D. THOMPSON Legal Adviser
 E.F.T.A. Secretariat

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 17. März 1970
BR/GT I/36/70

- Sekretariat -

ANLAGE II

zu Dok. BR/GT I/41/70

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG

für die 4. Sitzung der Arbeitsgruppe I
(1. - 3. April 1970) (1)

1. Eröffnung der Sitzung und Genehmigung der vorläufigen Tagesordnung
2. Ausarbeitung von Empfehlungen für die Arbeitsgruppe IV

Arbeitsunterlage:

Studie des Vorsitzenden BR/GT I/34 d/70 vom 3. Februar, 24. Februar und 6. März 1970 nebst Anlagen 1 bis 29

3. Erörterung des weiteren Arbeitsprogramms der Arbeitsgruppe I (siehe Anlage) und Festlegung neuer Sitzungstermine
4. Bildung einer Untergruppe zur Ausarbeitung der Ausführungsordnung
5. Sonstiges

(1) Die vorliegende Tagesordnung wird vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgeschlagen.

BR/GT I/36 d/70 bm

.../...

Materialien:

Arbeitsunterlage des Vorsitzenden BR/GT/I/10/69 vom
12. August 1969;

Vorschlag der schwedischen Delegation betreffend
Änderungen der Artikel 61 und 162 BR/GT I/25/69
vom 20. November 1969

b) Artikel 185 ff. des Vorentwurfs von 1962:

Uebergangs- und Schlussbestimmungen, soweit es sich um patentrechtliche Bestimmungen handelt, nämlich

Artikel 186 Stufenweise Ausdehnung des Tätigkeits-
bereichs des Europäischen Patentamts

Artikel 138 Nationale Voranmeldung

Artikel 206 Entsprechende Anwendung auf nationale
Gebrauchsmuster

Artikel 207 Angleichung des nationalen Rechts an
das europäische Patentrecht

II. Ausarbeitung einer Ausführungsordnung

- Untergruppe -

III. Ausarbeitung einer Gebührenordnung

IV. Ueberarbeitung des Vorentwurfs (2. Lesung)

1. unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Regierungskonferenz zu den Stellungnahmen der interessierten Kreise und
2. zur Entscheidung der noch offenen Fragen

V. Ausarbeitung eines vorläufigen Organisationsschemas für das Europäische Patentamt

Zusammenstellung

der Arbeiten, die von der Arbeitsgruppe I noch zu erledigen sind (Stand: 1. April 1970)

I. Vervollständigung des Vorentwurfs

1. Artikel 24 bis 27 (26 - 28 a) und 29 (30):
Verpfändung der europäischen Patentanmeldung u.a. und
Ergänzende Anwendung des nationalen Rechts
 2. Artikel 33: Erörterung des Memorandums der britischen
Delegation über Zweigstellen des Europäischen Patent-
amts vom 30. September 1969 BR/GT I/13/69
 3. Artikel 124 bis 128 (114 - 118):
Umwandlung der europäischen Patentanmeldung in eine
nationale Patentanmeldung
 4. Artikel 153 ff. des Vorentwurfs von 1965, soweit es
sich um patentrechtliche Bestimmungen handelt, nämlich
 - a) Artikel 153 - 173: Gemeinsame Vorschriften für das
Verfahren vor dem Europäischen
Patentamt
- und Artikel 180 : Gutachten des Europäischen Patent-
amts

Fortsetzung der Fussnote (1)

Die Arbeitsgruppe hat auf ihrer 3. Sitzung vom 24. bis 28. November 1969 bereits die Bildung einer Untergruppe zur Ausarbeitung der Ausführungsordnung ins Auge gefasst. Die Bildung dieser Untergruppe ist als Punkt 4 der Tagesordnung vorgeschlagen. Jeder Delegation sollte es freistehen, eines oder mehrere ihrer Mitglieder in die Untergruppe zu entsenden. Die Untergruppe sollte sich bereits während der Sitzung vom 1. bis 3. April konstituieren, ihren Vorsitzenden wählen und ihre Sitzungszeiten festlegen.

Den Delegationen wird anheimgestellt, die als Anlage zur Tagesordnung beigefügte Zusammenstellung zu ergänzen oder Änderungen vorzuschlagen. Die Koordinierungsaufgaben, die der Arbeitsgruppe I gemäss Beschluss der Regierungskonferenz (Bericht über die 2. Tagung, Dokument BR/26/70, Punkt 46) zufallen, sind in dieser Zusammenstellung noch nicht berücksichtigt.
